



Nr. 4 | Mai 2003

# metall aktuell

Informationen zu den Aktionen  
im Internet: [www.igmetall.de](http://www.igmetall.de)



# Jetzt wird protestiert. Basta.

Foto: Manfred Vollmer

Am 24. Mai  
Demonstra-  
tionen in

Aalen  
Bochum  
Detmold  
Hamburg  
Hannover

Kaiserslautern  
Kassel  
Leipzig  
Nürnberg  
Olpe

Paderborn  
Pforzheim  
Ravensburg  
Stolberg  
Velbert

# Die Pläne

**Der Kanzler hält an seinem Programm fest: Der Sozialstaat wird demontiert.**

## Gesundheit

- Das Krankengeld soll aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung gestrichen werden. Die Arbeitnehmer sollen die Versicherungsbeiträge dafür alleine bezahlen.
- Für jeden Facharztbesuch sollen die Patienten »Eintrittsgebühren« entrichten, es sei denn, sie waren vorher beim Hausarzt. Die Zuzahlungen für Medikamente werden erhöht.
- Geplant sind weitere Leis-

tungskürzungen der Krankenkassen, zum Beispiel die Streichung des Sterbegelds.

## Arbeitslose

- Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld soll für unter 55-Jährige auf zwölf Monate, ab 55 Jahren auf 18 Monate gekürzt werden.
- Die Arbeitslosenhilfe soll auf das Niveau der Sozialhilfe abgesenkt werden.
- Die Zumutbarkeitsbestimmungen für die Annahme einer Arbeit sollen verschärft werden.

## Kündigungsschutz

- Der Kündigungsschutz in Kleinbetrieben wird verschlech-



DGB-Kundgebung: Protest gegen falsche Therapie

tert. Betriebe mit bis zu fünf Beschäftigten sollen zukünftig beliebig viele Arbeitnehmer befristet einstellen können, ohne dass diese auf die Belegschaftszahl angerechnet werden.

- Bei Sozialplänen soll die Sozialauswahl so umgestaltet werden, dass die von den Arbeitgebern ausgewählten »Leistungsträger« im Unternehmen gehalten werden können. ◀

# Die Folgen

**Die Agenda 2010 schafft keine Arbeit, sondern noch mehr Arbeitslose.**

## Gesundheit

Die Pläne von Bundeskanzler Gerhard Schröder sind ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Zwei-Klassen-Medizin. Eine gute medizinische Versorgung

wird in Zukunft vom Geldbeutel abhängig. Die Streichung des Krankengeldes aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen ist der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung. Diese Maßnahme ist die Einladung an die Arbeitgeber, im nächsten Schritt auch die Lohnfortzahlung für die ersten sechs Krankheitswochen in Frage zu stellen.

## Arbeitslose

Die Kürzungen bei Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe führen für die Betroffenen zu Einbußen von bis zu 12 000 Euro. Experten befürchten, dass als Folge der Agenda 2010 die Zahl der Armen in Deutschland von acht auf über 15 Millionen steigen wird. Außerdem wird die Arbeitslosigkeit in die Höhe getrieben. Konjunktur-

forscher haben errechnet, dass durch sinkende Kaufkraft und Nachfrage weitere 100 000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Gleichzeitig wird der Druck auf die Einkommen der Beschäftigten steigen. Arbeitslose werden gezwungen sein, auch untertarifliche Bezahlung anzunehmen. SPD-Abgeordnete haben für Ostdeutschland bereits die Aufweichung der Flächentarifverträge gefordert.

## Kündigungsschutz

Die Verschlechterung des Kündigungsschutzes in Kleinbetrieben wird keinen einzigen neuen Arbeitsplatz schaffen. Stattdessen wird »Heuern und Feuern« erleichtert. Es droht, dass hunderttausende unsichere Jobs entstehen und gleichzeitig feste Arbeitsplätze verloren gehen. Die Veränderung der Sozialauswahl bei Kündigungen könnte dazu führen, dass ältere und kinderreiche Beschäftigte verstärkt ausgegrenzt werden und eher ihren Arbeitsplatz verlieren. ◀

SPD-Plakat (in Berlin): Die Wählerinnen und Wähler wurden getäuscht





# Die Alternativen

**Die Gewerkschaften fordern gerechte Reformen. Auszüge aus den Vorschlägen der IG Metall:**

## Wirtschaft

► Mehr Geld für öffentliche und private Investitionen. Das kurbelt die Wirtschaft an, schafft Arbeitsplätze, stärkt die Kaufkraft und entlastet so auch die Sozialkassen.

► Um das Investitionsprogramm zu finanzieren, sollten große Vermögen und Erbschaften stärker besteuert werden.

► Die verkorkste Unternehmenssteuerreform der rot-grünen Regierung hat dazu geführt, dass Konzerne fast überhaupt keine Steuern mehr zahlen. Das muss korrigiert werden.

## Gesundheit

Die IG Metall will das von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gemeinsam finanzierte Gesundheitswesen erhalten. Sie schlägt vor:

- Eine Positiv-Liste, um die Kosten für Arzneimittel zu senken.
- Versicherungsfremde Leis-



Job-Parade in Schwerin: Nicht die Arbeitslosen bestrafen

tungen wie Mutterschaftsgeld aus Steuern zu finanzieren.

- Die Bemessungsgrenzen anzuheben, damit gut Verdienen-

de den gleichen prozentualen Beitrag leisten, wie Menschen mit niedrigeren Einkommen.

- Alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Krankenversicherung einzubeziehen.

## Arbeitslose

► Die IG Metall unterstützt den Vorschlag, Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe zusammenzulegen. Das eröffnet Sozialhilfeempfängern, die Arbeit suchen, die Möglichkeit an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, zum Beispiel Weiterbildung, teilzunehmen.

- Leistungskürzungen, insbesondere für Ältere, lehnt die IG Metall ab. Notwendig ist vielmehr ein Aktionsplan zur Beschäftigung älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. ◀

## Kommentar

**Klaus Zwickel,**  
IG Metall-  
Vorsitzender



## Das bringt nicht einen Arbeitsplatz

Natürlich brauchen wir Reformen, die Wachstum und Beschäftigung voran und die Konjunktur in Gang bringen. Dazu hat der DGB einen 5-Punkte-Plan vorgelegt. Doch diese Vorschläge greift der Bundeskanzler nicht auf. Seine Agenda 2010 zielt darauf ab, die Arbeitnehmer, zum Beispiel beim Krankengeld, zu schröpfen.

Gleichzeitig wird Älteren und Langzeitarbeitslosen die Unterstützung gekürzt. Die Folge: Insbesondere Ältere, die keinen neuen Job mehr finden, werden künftig in kürzester Zeit in die Sozialhilfe abstürzen. Das ist weder sozial noch gerecht. Und es bringt keinen einzigen neuen Arbeitsplatz. Wachstum und Beschäftigung entsteht nicht dadurch, dass man den Arbeitnehmern in die Tasche greift.

Deshalb machen wir weiter Druck. Wir erwarten von den Abgeordneten, dass sie im Bundestag deutliche Korrekturen der Agenda 2010 durchsetzen.

Denn Deutschland ist keine Basta-Republik. ◀

## Tariffbewegung

### ► Gleiche Rechte in Ost und West

Um soziale Gerechtigkeit geht es auch in der Tariffbewegung im Osten. Die Beschäftigten der Metall-, Elektro- und Stahlindustrie fordern die 35-Stunden-Woche und damit gleiche Ar-

beitsbedingungen wie ihre Kolleginnen und Kollegen im Westen.

In mehreren Verhandlungen, zuletzt am 12. Mai, hat die IG Metall versucht, die Arbeitgeber zu Kompromissen zu bewegen. Sie ist bereit, die Arbeitszeit schrittweise zu reduzieren. Sie hat das Modell der »Drei Geschwindigkeiten« vorgeschlagen. Damit soll der jeweiligen wirtschaftlichen Situation der Betriebe Rech-

nung getragen werden. Doch die Arbeitgeber gingen auf diesen Vorschlag nicht ein.

Die Beschäftigten im Osten wollen sich nicht weiter verrotten lassen. Mit Warnstreiks demonstrierten sie, dass sie 13 Jahre nach der Einheit einen Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche Arbeitszeit haben.

Wenn die Arbeitgeber sich nicht bald bewegen, dann wird ein Arbeitskampf im Osten nicht zu vermeiden sein. ◀

**Kundgebung bei ZF-Getriebe in Brandenburg: Unternehmer müssen sich bewegen**



## Impressum

**metall** aktuell  
Herausgeber: Klaus Zwickel, Jürgen Peters, Bertin Eichler  
Anschrift: metall-Redaktion  
Lyoner Straße 32  
60528 Frankfurt am Main  
Telefon: 0 69-66 93-24 45, E-Mail:  
metall-redaktion@igmetall.de;  
Internet: www.igmetall.de  
Chefredakteur: Claus Eilrich  
Druck: APM AG Eppelheim,  
Niederlassung Frankfurt am Main.




# JA zu Reformen

## NEIN zum Sozialabbau

**→ Ja zu mehr Investitionen**

Wir brauchen eine Investitionsoffensive. Einen ersten Schritt in diese Richtung hat der Bundeskanzler angekündigt. Das muss im zweiten Schritt auf eine breitere Basis gestellt werden.

**→ Nein zum Sozialabbau**

Noch mehr Zuzahlungen im Gesundheitswesen, die Streichung des Krankengeldes und Kürzungen beim Arbeitslosengeld und der Arbeitslosenhilfe sind für uns nicht akzeptabel.

**→ Ja zu mehr Ausbildungsplätzen**

Wir brauchen eine wirkungsvolle Ausbildungsplatzgarantie. Die Arbeitgeber müssen allen jungen Menschen einen Ausbildungsplatz anbieten. Erfüllen sie diese Zusage wieder nicht, muss die vom Kanzler angekündigte gesetzliche Regelung zur Finanzierung von Ausbildungsplätzen kommen.

**→ Nein zu weniger Kündigungsschutz**

Von der IG Metall gibt es kein Ja zur Verschlechterung des Kündigungsschutzes.

**→ Nein zu Angriffen auf die Tarifautonomie**

Gesetzliche Tariföffnungsklauseln sind überflüssig. Wir sagen Ja zu betrieblichen Bündnissen der Tarifvertragsparteien. Mit uns gibt es aber keine Verlagerung der Tarifverhandlungen in die Betriebe.

**→ Ja, ich unterstütze die Forderungen der IG Metall:**

Name	Wohnort	Unterschrift

**→ Unterschriftenliste bitte zurücksenden an:** die Verwaltungsstellen der IG Metall oder die metall-Redaktion